

CORINA EICHENBERGER – Die Präsidentin des Nuklearforums Schweiz erwartet, dass endlich eine öffentliche Diskussion über die Energiezukunft des Landes einsetzt.

Der Entscheid liegt beim Volk

Gewerbezeitung: Der Bundesrat und das Parlament haben beschlossen, dass keine Kernkraftwerke mehr ersetzt werden sollen, und lassen so die Kernkraft bis 2035 auslaufen. Wie ist die Haltung des Nuklearforums bezüglich des Atomausstiegs der Schweiz?

■ **Corina Eichenberger:** Erstens verlangen wir – wie der Bundesrat –, dass keines der heutigen Kernkraftwerke aus politischen Gründen frühzeitig vom Netz genommen wird. Alleine die Sicherheit des Betriebs soll das massgebende Kriterium für den Zeitpunkt einer Stilllegung sein, wie dies das Gesetz heute vorsieht. Zweitens erwarten wir, dass nun endlich eine breite öffentliche Diskussion über die Energiezukunft unseres Landes einsetzt. Daran wird sich das Nuklearforum aktiv beteiligen. Am Ende sollen die Stimmberechtigten in Kenntnis aller Fakten entscheiden, ob es mit oder ohne Kernkraftwerke weitergehen soll. Das ist ein Entscheid von so grosser Tragweite für unser Land, dass er durch das Volk legitimiert werden muss.

Die Chancen für den Bau eines neuen Kernkraftwerkes in der Schweiz scheinen derzeit minimal. Braucht es ein Nuklearforum Schweiz noch?

■ Ja natürlich, da bleiben wir gelassen. Unsere Kernkraftwerke werden noch während einiger Jahrzehnte eine zentrale Rolle für die Stromversorgung in unserem Land spielen. Die Aufgabe des Nuklearforums besteht darin, Informationen zur Kernenergie auf der ganzen Welt zusammenzutragen und zur Verfügung zu stellen. Das ist völlig unabhängig davon, ob wir in der Schweiz in nächster Zukunft ein Kernkraftwerk bauen oder nicht. Zudem beschäftigen wir uns gleichermassen auch mit anderen nuklearen Anwendungen, etwa in der Forschung und Medizin, sowie mit neusten Entwicklungen im Energiebereich wie etwa neuen Reaktortechnologien oder der Kernfusion. In der Nukleartechnik steckt noch ein riesiges Potenzial.

«WIR PLÄDIEREN FÜR EINEN AUSGEWOGENEN STROMMIX AUS ERNEUERBAREN QUELLEN UND AUS KERNENERGIE.»

Welches ist die Haltung des Forums zur Kernenergie nach Fukushima?

■ Wir plädieren für einen ausgewogenen Strommix aus erneuerbaren Quellen und aus Kernenergie, kombiniert mit Energieeffizienz. Damit sind wir in der Schweiz in den vergangenen mehr als 40 Jahren sehr gut gefahren. Unser Strommix mit 40 Prozent Kernenergie ist zuverlässig, ökologisch sinnvoll, klimaschonend und preislich attraktiv. Es gibt auch nach Fukushima keine sachlichen Gründe, daran etwas zu ändern. Die Aufarbeitung dieses Unfalls unter der Aufsicht des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats Ensi und die internationalen Stresstests haben gezeigt, dass die Schweizer Kernkraftwerke – anders als jene in Fukushima – höchsten Sicherheitsanforderungen genügen.



Corina Eichenberger, Präsidentin des Nuklearforums Schweiz: «Die Kernenergie hat einen schweren Stand und verlangt viel Überzeugungsarbeit.» Im Hintergrund der Turm des KKW Gösigen.

Was ist das Nuklearforum Schweiz, eine Informationsplattform oder doch eher eine Lobbyorganisation?

■ Das Nuklearforum ist eine Informationsdrehscheibe mit einem hohen Anspruch an die Faktentreue und die wissenschaftlich-technische Korrektheit seiner Kommunikation. Alle unsere Informationen sind im Internet öffentlich zugänglich. Seit 1958 ist das Ziel unserer Arbeit, die friedliche Nutzung der Kernenergie in unserem Land zu fördern.

Andere Länder wie beispielsweise China setzen voll auf die Kernkraft, die Schweiz jedoch tritt voll auf die Bremse. Kann dies gut gehen?

■ Auch europäische Länder wie zum Beispiel Grossbritannien, Finnland, Tschechien, die Slowakei, Schweden oder Polen setzen auf die Kernenergie. Frankreich hält auch unter der sozialistischen Regierung an der Kernenergie fest. Die Schweiz plant im Windschatten von Deutschland einen energiepolitischen Alleingang, dessen Konsequenzen heute erst ansatzweise erkennbar werden. Der relativ günstige Strompreis stellt heute noch einen Wettbewerbsvorteil für unser Gewerbe und unsere Industrie dar. Der einseitige Ausstieg aus der Kernenergie würde diesen sicher zunichte machen. Das ist um-

so bedenklicher, falls wir weiterhin Probleme mit dem starken Franken haben.

«DIE SCHWEIZ PLANT EINEN POLITISCHEN ALLEINGANG MIT UNBEKANNTEM AUSGANG.»

Was bedeutet es heute für eine bürgerliche Politikerin, sich für die Kernkraft stark zu machen?

■ Persönlich habe ich viele unterstützende Reaktionen erhalten, weil ich auch nach Fukushima die Meinung vertrat, dass wir an unserem bewährten Strommix mit Kernenergie festhalten sollten. Im Parlament hat sich das Umfeld allerdings schon verändert, die Kernenergie hat einen schweren Stand und verlangt viel Überzeugungsarbeit.

Bis zu Ihrer Wahl in den Bundesrat war Doris Leuthard selber Mitglied des Nuklearforums Schweiz. Wie steht das Forum jetzt zum Exmitglied Leuthard?

■ Wir äussern uns nicht zu heutigen und ehemaligen Mitgliedern des Nuklearforums.

«IM PARLAMENT HAT DIE KERNENERGIE HEUTE EINEN SCHWEREN STAND.»

Werden sich die KMU den Strom in 20 Jahren noch leisten können und wird es dann genug davon geben?

■ Genügend Strom, zuverlässig und bedarfsgerecht verfügbar, zu berechenbaren und günstigen Preisen – das brauchen KMU und unsere Wirtschaft ganz allgemein. Genau das gewährleistet unsere heutige Stromversorgung. Die Energiestrategie des Bundes lässt dagegen bis heute noch nicht erkennen, ob sie dies ebenfalls zu leisten vermag. Die Rede ist viel mehr von massiv steigenden Energiepreisen, einem dichten Geflecht von staatlichen Auflagen und Vorschriften, und die überbordende Subventionierung von Strom aus Photovoltaik und

Windenergie wird letztendlich vermehrt wie in Deutschland zu instabilen Netzverhältnissen führen, weil immer mehr Strom zufällig und nicht bedarfsgerecht produziert wird.

Es wird behauptet, dass «Strombarone» bei uns das Sagen haben. Gibt es solche überhaupt?

■ Das ist billige Polemik. Ich möchte daran erinnern, dass die grossen Stromversorgungsunternehmen mehrheitlich oder vollständig im Besitz der öffentlichen Hand sind. Sie haben den gesetzlichen Auftrag, die Versorgung unseres Landes mit Elektrizität sicherzustellen. In letzter Zeit haben sich die Rahmenbedingungen dafür stark verändert, nicht zuletzt auch durch den überstürzten Entscheid der Politik, auf die Kernenergie zu verzichten. Nochmals: Das Sagen sollen am Schluss die Stimmberechtigten haben.

Interview: Corinne Remund

LINK

www.nuklearforum.ch

DAS NUKLEARFORUM

Das Nuklearforum Schweiz fördert die friedliche Nutzung und weitere Entwicklung der Kernenergie in der Schweiz. Es setzt sich für die Koordination der Tätigkeiten auf diesem Gebiet ein. Darüber hinaus unterstützt es die breite Anwendung nuklearer Techniken in Medizin, Industrie und Forschung. Das Nuklearforum Schweiz dient der sachverständigen Diskussion. Es wendet sich an Fachleute aus Lehre, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung; an Politiker in Bund, Kantonen und Gemeinden; an Fach- und Publikumsmedien sowie die interessierte Öffentlichkeit in der Schweiz. Das Nuklearforum Schweiz ist ein Verein mit Sitz in Bern. Er wurde im Jahr 1958 unter dem Namen «Schweizerische Vereinigung für Atomenergie» (SVA) gegründet. Der Verein setzt sich aus Einzel- und Kollektivmitgliedern zusammen. Er steht allen Personen und Institutionen offen, die sich in irgendeiner Weise für seine Ziele interessieren und bereit sind, ihn in deren Erreichung zu unterstützen. CR

DIE MEINUNG



Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Der ganz normale Bussenwahnsinn

Neulich nahm ich an einer Sitzung in der Stadt Zürich teil. Da alle Firmenparkplätze belegt waren, bekam ich freundlicherweise eine Tagesbewilligung ausgehändigt. Damit durfte ich in der Blauen Zone während des Vormittags ordnungsgemäss parkieren. Gross war deshalb mein Erstaunen, als ich bei meiner Rückkehr zum Wagen einen Bussenzetteln unter dem Scheibenwischer vorfand.

Grund für die Verzeigung: Nicht korrekt ausgefüllte Tagesbewilligung. Da hatte ich doch schön brav meine Kontrollschild-Nummer ausgefüllt, das exakte Datum eingetragen – und trotzdem einen Fehler gemacht? Oder hat da etwa die den Bussenzetteln ausstellende Politesse oder der Hilfspolizist etwas nicht ganz begriffen? Aber nein – beim Lesen des «Kleingedruckten» musste ich feststellen, dass ich schlicht übersehen hatte, zusätzlich zum Eintrag des exakten Datums auch den Wochentag anzukreuzen. Zwar bleibt der Wochentag beim angegebenen Datum auch für die nächsten hundert Jahre immer der gleiche – in meinem Fall war es der Dienstag. Der Fall ist aber glasklar: Der Dumme bin ich, der Wochentag muss wider alle Logik angekreuzt werden. So steht's eben im Kleingedruckten.

Soweit ist die juristische Dimension dieses Falles also geklärt. Trotzdem will es mir nicht ganz aus dem Kopf, dass diese Praxis der öffentlichen Hand gegenüber den Bürgern eigentlich schikanoös ist. Eine Parkplatzgebühr von 55 Franken, zusammengesetzt aus den Kosten für die Tagesbewilligung und aus der Busse, erscheint doch etwas happig. Da fällt mir ein, dass die Stadtpolizei unter Leitung eines grünen Stadtrates steht. Aber diesbezüglich politische Schlüsse ziehen zu wollen, wäre wahrscheinlich doch eher verwegen. Der Hinweis, wonach dem Automobilisten das Fahren in die Stadt vergraut werden soll, ist schliesslich längst überholt und ein abgegriffener Allgemeinplatz – oder etwa nicht? Auch ist mir nicht bekannt, dass der erwähnte grüne Stadtrat in den nächsten Wahlen auf das Finanzdepartement spekuliert und sich mit einer derart forschenden Praxis frühzeitig ins Gespräch bringen will.

Damit bleibt nur eine Erklärung: Es handelt sich hier um den ganz normalen Bussenwahnsinn, wie er in vielen Städten festzustellen ist und mit dem sich die KMU in den Stadtzentren in vielerlei ärgerlichen Formen konfrontiert sehen. Eine kleine Unachtsamkeit, weder bewusst noch aus schlechtem Willen, und schon schlägt die Hand des Staates unbarmherzig zu. Dabei geht es um nichts anderes als ums Füllen der Staatsschatullen. Diese Aussage mag im ersten Moment polemisch tönen, ist aber traurige Realität. Mehr als die Hälfte der Kantonspolizeien haben laut einer Meldung der «SonntagsZeitung» die Vorgabe aufgestellt, dieses Jahr mehr Bussengelder als im vergangenen Jahr einzutreiben. Es geht also mitnichten um die Sicherstellung und Gewährung der Verkehrssicherheit, sondern schlicht und ergreifend um einen Wegelagerer-Zoll. Gesamtschweizerisch sind insgesamt zusätzliche 23 Millionen Franken Bussengelder vorgesehen, eine satte Zunahme von acht Prozent. Allein Zürich budgetiert zwei Millionen mehr.

Ein Hoffnungsschimmer bleibt: Der Kantonale Gewerbeverband Zürich hat eine kantonale Volksinitiative «Ja zu fairen Gebühren» lanciert. Seiner Meinung nach nimmt die Gebührenlast seit Jahren zu, und kein Ende ist in Sicht. Immer neue Bereiche werden über Gebühren finanziert, ohne dass das Volk etwas dazu zu sagen hat. Verwaltung und Regierung können Gebühren willkürlich erhöhen – ohne demokratische Kontrolle. Ich werde die Initiative aus Überzeugung unterschreiben.